

Reform des Sicherheitssektors in Entwicklungsländern

Eine Analyse der internationalen Diskussion und
Implementierungsmöglichkeiten der Reform mit Empfehlungen
für die Technische Zusammenarbeit



Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Abteilung 43

Gesundheit, Bildung, Ernährung, Nothilfe

Reform des Sicherheitssektors in Entwicklungsländern

Eine Analyse der internationalen Diskussion
und Implementierungsmöglichkeiten der Reform
mit Empfehlungen für die Technische Zusammenarbeit

Eschborn 2000

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Technische
Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Postfach 5180
D-65726 Eschborn
Internet: <http://www.gtz.de>

Verantwortlich: Bernd Hoffmann, GTZ

Inhaltliche
Ausarbeitung: Dr. Herbert Wulf
Bonn International Center for Conversion (BICC)

Redaktion: Monika Benkler, Dr. Friederike Diaby-Pentzlin, Simone Kopfmüller, GTZ

Vorwort

Sicherheitsprobleme schienen lange Zeit aus der entwicklungspolitischen Diskussion ausgeklammert zu sein. Für die Technische Zusammenarbeit (TZ) ist jedoch die Reform des Sicherheitssektors in Entwicklungsländern kein gänzlich neues Thema. So weisen z.B. Programme zur Demobilisierung und Reintegration von Exkombattanten und Maßnahmen zur Entminungsproblematik, die die GTZ seit Anfang der 1990er Jahre in einer Reihe von Ländern - insbesondere in Afrika - durchführt, viele Anknüpfungspunkte zu sicherheitsrelevanten Fragestellungen auf.

In den letzten Monaten hat das Thema einen Bedeutungszuwachs und eine veränderte inhaltliche Dimension in der internationalen entwicklungspolitischen Diskussion und zunehmend in Deutschland erfahren. Eine „Task Force“ des Development Assistance Committee bereitet gegenwärtig ein unter den Mitgliedsländern der OECD abgestimmtes Konzept zur Reform des Sicherheitssektors vor, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll.

Im Arbeitskreis des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung „Entwicklungspolitische Krisenprävention und Konfliktbearbeitung“ wurde der Entwurf der vorliegenden Studie Ende Mai des Jahres mit den Mitgliedern dieses Kreises diskutiert. Wertvolle Anregungen konnten aufgenommen werden.

Die inhaltliche Zielsetzung wird durch konzeptionelle Überlegungen bestimmt, die vor allem die zivile Gesellschaft verstärkt einbeziehen soll. Ansatzpunkte für eine Rolle der Technischen Zusammenarbeit liegen daher nicht unbedingt in der direkten und manchmal nicht unumstrittenen Kooperation mit Polizei und Militär, sondern in der Beratung und Unterstützung der Kräfte, die für die demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors verantwortlich sind. Hierzu zeigt die Studie eine Reihe von Implementierungsmöglichkeiten mit Empfehlungen für die TZ auf.

Zweifellos handelt es sich für die Technische Zusammenarbeit um ein Thema von hoher politischer Sensibilität und Konflikträchtigkeit, das als ausdrückliches Beispiel für eine insgesamt „politischer werdende TZ“ angesehen werden kann. Als neues Handlungsfeld wird es sich etablieren, wenn diese Problematik bei den Gebern angesichts knapper werdender Ressourcen entsprechende Priorität erfährt und zugleich die Bereitschaft von Partnerländern wächst, das Thema der Sicherheit ihrer Bevölkerung verstärkt zum Gegenstand von Beratungsleistungen in der Entwicklungszusammenarbeit zu machen.

Besonderer Dank ist dem Autor, Herrn Dr. Herbert Wulf, Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC), für die Ausarbeitung dieser Studie und die vielen anregenden Diskussionen mit ihm und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sagen.

Mit dieser Veröffentlichung möchte die GTZ einen Beitrag zu einem Thema leisten, in dessen Mittelpunkt spätestens seit der Diskussion zu dem Konzept von „human security“ ein umfassender Sicherheitsbegriff steht, der nicht nur die Sicherheit vor äußeren Bedrohungen, sondern ebenso die materielle, physische und soziale Sicherheit und Unversehrtheit von Menschen einschließt, ohne die Entwicklung nicht möglich ist.



Dr. Bernd Eisenblätter
Geschäftsführer



Bernd Hoffmann
Abteilungsleiter

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	7
1 Einleitung	10
2 Was heißt „Reform des Sicherheitssektors“?	15
2.1 Definitionen und Reichweite eines neuen Begriffs	15
2.2 Gefahren einer unpräzisen Betrachtungsweise	17
3 Dimensionen, Ziele und Prioritäten der Reform des Sicherheitssektors.....	21
3.1 Zivile Kontrolle	21
3.2 Ressourcenverbrauch.....	22
3.3 Sicherheit.....	23
3.4 Professionalisierung und Funktionszuweisung.....	25
3.5 Ansatzpunkte für Reformen.....	26
3.6 Bausteine für Reformen	28
4 Probleme und Dilemmata.....	32
4.1 Die richtigen Partner.....	32
4.2 Kohärenz der Politik der Geber	33
4.3 Die Wahl der Prioritäten angesichts knapper Mittel.....	34
5 Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit	36
5.1 Das Konzept der Reform	36
5.2 Institutionalisierung der Reform.....	36
5.3 Stärkung und Professionalisierung ziviler Kontrollen und der Zivilgesellschaft.....	37
5.4 Zusammenarbeit mit den richtigen Partnern	38
5.5 Professionalisierung der Sicherheitskräfte	38
5.6 Überwindung des Erbes von Konflikten und Rüstung	38
6 Ausgewählte neuere Literatur	40

Zusammenfassung

1. Es gibt heute eine Reihe von Anlässen, um sich aus entwicklungspolitischer Sicht mit der Reform des Sicherheitssektors zu beschäftigen. Allerdings ist dieses Gebiet, als relativ neues Thema in der Technischen Zusammenarbeit, noch nicht in ein allgemein akzeptiertes und eindeutig definiertes Programm gemündet. Zum Teil werden sehr unterschiedliche Aspekte berücksichtigt bzw. unterschiedliche Ziele ins Auge gefasst. Zentrales Thema der Reform ist die Schaffung eines professionellen Sicherheitssektors, in angemessener Größe, auf der Basis eines angemessenen Ressourceneinsatzes, mit präzisiertem Auftrag und unter demokratischer Kontrolle. Ein so strukturierter Sicherheitssektor kann einen Beitrag zur Entwicklung eines Landes leisten, während ein unreformierter Sicherheitssektor zur Belastung werden kann.
2. Es besteht die Gefahr, dass bei der Definition der Reform des Sicherheitssektors und der Formulierung der Ziele eine zu enge Definition (beispielsweise die ausschließliche Beschäftigung mit dem Militär) ein inadäquates Programm zur Folge haben könnte und zentrale Anliegen (Erhöhung der Sicherheit für die Bürger, angemessener Ressourceneinsatz, zivile Kontrolle) aus den Augen verloren werden. Umgekehrt könnte durch eine zu breite Definition und die Einbeziehung bisher bereits praktizierter Projekte der Technischen Zusammenarbeit (Armutsbekämpfung, Krisenprävention, friedenserhaltende Maßnahmen, Abrüstung, Konversion, Demobilisierung, Minenräumen, Justizreform, Durchsetzung der Menschenrechte, "Good Governance" usw.) ein zu undifferenziertes Konzept entstehen bzw. lediglich eine Umetikettierung bereits bestehender Projekte stattfinden.
3. Die Erkenntnis der Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheitsprobleme nicht länger auszuklammern (wie dies lange der Fall war), sondern sie als Teil einer Strategie nachhaltiger Entwicklung zu bearbeiten, bedeutet nicht, dass Geberorganisationen automatisch eng mit den Akteuren des Sicherheitssektors (Militär, Polizei, Justiz, Strafverfolgung) zusammenarbeiten müssen. So begrüßenswert die Beschäftigung mit dem Sicherheitssektor aus entwicklungspolitischem Blickwinkel ist, so ist die strikte Anwendung entwicklungspolitischer Kriterien die Voraussetzung eines Engagements.
4. Die Ergebnisse der traditionellen Ausrüstungs-, Militär- und Polizeihilfe mahnen zur Vorsicht. Sie standen zumeist im Zeichen ideologischer Auseinandersetzungen, der Ausrüstung von Streitkräften mit modernen Waffen und fungierten oftmals als Türöffner für Rüstungsexporte. Die Reform des Sicherheitssektors kann sich nicht allein auf diese Erfahrungen stützen: Vielmehr muss sie ein wesentlich umfassenderes Kon-

zept anwenden, das vor allem auch die zivile Gesellschaft einbezieht.

5. Die Reform des Sicherheitssektors umfasst die politische Ebene (die zivile Kontrolle der Akteure), die wirtschaftliche Ebene (den Ressourcenverbrauch für die Sicherheitskräfte), die gesellschaftliche Ebene (die tatsächliche Gewährleistung der Sicherheit für die Bürger) und die institutionelle Ebene (die professionelle Ausrichtung des Sicherheitssektors und institutionelle Trennung der verschiedenen Akteure). Auf jeder dieser Ebenen existieren Notwendigkeiten und Ansatzpunkte für Reformen, allerdings sind die ersten drei Ebenen für die Technische Zusammenarbeit relevanter als die Veränderungen der inneren Struktur der Kräfte im Sicherheitssektor oder deren funktionaler Differenzierung. Das heißt, die Hauptansatzpunkte für die Technische Zusammenarbeit liegen nicht unbedingt in einer direkten Kooperation mit Streitkräften und Polizei.

6. Als Bausteine für die Reform des Sicherheitssektors können folgende Maßnahmen gelten:

Politische Ebene: Stärkung der Zivilgesellschaft: Regierung und Parlament als Monitoring-, Entscheidungs- und Kontrollinstanzen, Planung und Haushaltskontrolle, Unterstützung und Professionalisierung von Nicht-Regierungsorganisationen und Presse.

Wirtschaft und Entwicklungsebene: Maßnahmen zur Durchführung von Abrüstung und Konversion, Demobilisierung und Reintegration von Streitkräften, Nutzung

vormals militärisch eingesetzter Ressourcen (z.B. Liegenschaften) für zivile Zwecke.

Gesellschaftliche Ebene: Stärkung der öffentlichen Sicherheit, einschließlich des Trainings zur Erstellung sicherheitsrelevanter Analysen und zur Abschätzung von Sicherheitsbedürfnissen der Bürger. Kontrolle des Rüstungstransfers, insbesondere zur Kontrolle des Missbrauchs von Kleinwaffen.

Institutionelle Ebene (als nicht vorrangig entwicklungsorientierte Ebene mit geringerer Priorität): Professionalisierung und neue Funktionszuweisung der Streitkräfte, Ausbildung der Streitkräfte zur Anwendung internationaler Normen und Gesetze.

7. In Zweifelsfällen ist es sinnvoll, die direkte Kooperation mit Sicherheitskräften zu meiden und stattdessen vor allem die Kräfte zu stärken und zu unterstützen, die für eine demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors verantwortlich sind. Unterstützung für zivile Regierungen, demokratisch gewählte Parlamente, Beamte mit Kontrollkompetenzen und Monitore in der Zivilgesellschaft, Presse usw. werden langfristig die Reform des Sicherheitssektor nachhaltiger voranbringen als zweifelhafte Militär- oder Polizeihilfe. Deshalb ist die Betonung der Förderung von "Good Governance" (auch im und für den Sicherheitssektor) ein wichtiger Ansatzpunkt für die Reform.

8. Auf einer Skala lassen sich die Chancen und Möglichkeiten für die Reform in unterschiedlichen Situationen aufzeigen. Die beiden Pole bilden einerseits Länder, die sich

im Krieg befinden (wie beispielsweise Sudan oder Angola), in denen derzeit keine oder nur begrenzte Möglichkeiten für Reformen des Sicherheitssektors bestehen und andererseits Länder in einer Post-Konfliktsituation (wie Mali, Sierra Leone und Südafrika). Im Vergleich zu Ländern, die sich im Krieg befinden, in Spannungsgebieten oder in sogenannten schwachen Staaten oder “failed states” sind die Chancen für Reformen in Post-Konfliktgesellschaften, in Ländern, in denen Friedensabkommen abgeschlossen wurden, in denen möglicherweise gar die Reduzierung und Anpassung der Sicherheitskräfte vereinbart wurde, größer.

9. Der Sicherheitssektor ist ein politisch sensibler Bereich. Reformprogramme müssen einige Dilemmata beachten, die wegen der Sensibilität des Sicherheitssektors besonders relevant sind und deshalb erhöhte Aufmerksamkeit erfordern:

- Die Kooperation mit den richtigen Partnern für die Reform in den betroffenen Ländern; Militär, Polizei und Justiz sind häufig aufgrund ihrer Vergangenheit diskreditiert.
- Die Kohärenz der eigenen Politik der Geberländer; Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik konterkarieren sich gelegentlich (Stichwort: Rüstungsimport versus Ressourceneinsatz für nachhaltige Entwicklung). Kurzsichtige, oft einzelwirtschaftlich motivierte Interessen stehen nach wie vor im Konflikt mit Zielen einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung.

- Die Wahl der entwicklungspolitischen Prioritäten angesichts knapper Mittel; die Reform des Sicherheitssektors hat nicht unbedingt Priorität zu Lasten anderer entwicklungspolitischer Ziele.

10. Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit bzw. Technische Zusammenarbeit werden zu folgenden sechs Bereichen formuliert: zum Konzept der Reform, der Institutionalisierung der Reform, zur Unterstützung der Zivilgesellschaft, zur Zusammenarbeit mit den richtigen Partnern, zur Professionalisierung der Sicherheitskräfte und zur Überwindung des Erbes von Krieg und Konflikten.

1 Einleitung

Es gibt heute eine Reihe von Anlässen, um sich aus entwicklungspolitischer Sicht mit der Reform des Sicherheitssektors zu beschäftigen: die angemessene Höhe der Militärausgaben, die Demokratisierung und das Ende von Militärregimen, das Bestreben um “Good Governance”, von der auch die Streitkräfte nicht ausgespart werden sollten, friedenserhaltende Missionen der Vereinten Nationen (VN), Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration von Streitkräften, Krisenprävention und der Wiederaufbau nach dem Ende von Kriegen und gewaltsam ausgetragenen Konflikten sowie Programme zur Gewährleistung innergesellschaftlicher Sicherheit für die Bürger. Aus entwicklungspolitischem Blickwinkel sind all dies Ansatzpunkte für die Reform des Sicherheitssektors, und gerade die Technische Zusammenarbeit bietet Ansatzpunkte für konkrete Projekte. Verschiedene internationale Akteure engagieren sich – teils mit beträchtlichen Programmen, teils noch vorsichtig. Zu nennen sind vor allem:

Vereinte Nationen: Obwohl die Reform des Sicherheitssektors nicht als explizites und separates Programm in den Vereinten Nationen im Vordergrund steht, spielt dieser Aspekt in einer Reihe von Abteilungen und Sonderorganisationen eine Rolle. Zu nennen sind vor allem das Department of Peacekeeping Operations (und dessen Lessons Learned Unit), das in der Krisenprävention

und der Demobilisierung tätig ist, das Department of Disarmament Affairs, das in der Kontrolle von Kleinwaffen einen speziellen entwicklungspolitischen Bezug sucht, die International Labour Organization (ILO) mit Ausbildungsprogrammen für ehemalige Soldaten, vor allem aber auch der High Commissioner for Refugees und das United Nations Development Programme (UNDP) in der Katastrophenhilfe und bei der Verknüpfung von Abrüstungs- und Entwicklungsprojekten. Konzeptionelle Vorarbeiten wurden insbesondere durch den Human Development Report von UNDP im Jahr 1994 geleistet, der dem Thema “human security” (menschliche Sicherheit) gewidmet war.

DAC/OECD: Internationaler Konsens (von Geberländern) über die notwendige Reform des Sicherheitssektors drückt sich wohl am deutlichsten in den Richtlinien für Konflikt, Frieden und Entwicklungskooperation des Development Assistance Committee (DAC) der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) aus, die im Mai 1998 verabschiedet wurden (DAC/OECD 1998). Es heißt dort, dass die Reform der Sicherheitskräfte zu deren Verantwortlichkeit und Professionalisierung sowie deren ziviler Kontrolle beitragen soll und damit eine wichtige Rolle zur Aufrechterhaltung des Friedens leisten kann (DAC/OECD 1998, S. 62). Darüber hinaus bereitet eine “Task Force” ein unter den Mitgliedsländern abge-

stimmtes Konzept zur Reform des Sicherheitssektors vor, das im Jahr 2000 vorgelegt werden wird. Es handelt sich um ein konzeptionelles Papier, in dem insbesondere für eine Koordination von Maßnahmen zwischen Geberorganisationen und Ländern plädiert wird. (Interview des Autors in der OECD, Oktober 1999; ebenso Uvin 1999; DAC/OECD 2000).

Weltbank: Seit Anfang der neunziger Jahre beteiligt sich die Weltbank mit ihren Analysen zur Angemessenheit der Militärausgaben an sicherheitspolitisch relevanten Diskussionen und Politiken. 1991 verabschiedete das Aufsichtsgremium der Bank Richtlinien für ihre Mitarbeiter über die Behandlung der Militärausgaben. 1993 folgte eine Pilotstudie zur Demobilisierung. Insbesondere die Bildung der Post-Conflict Unit im Jahr 1997 institutionalisierte die Beschäftigung mit Themen wie Demobilisierung und Reform des Sicherheitssektors. Weltbankpräsident James Wolfensohn hob die Bedeutung eindringlich hervor: "Security is a critical development issue and the Bank needs to more explicitly recognize it and integrate security concerns into policies and programs, developing an ability to respond. There are many ways to do this." (Zitiert in: Bigombe 1999, S. 1). Trotz dieses eindeutigen Votums bleibt die Beschäftigung mit diesen Themen in der Bank eine Frage der Auslegung des Mandates. Vor allem in vielen Länderreferaten ist man weit davon entfernt, die Reform des Sicherheitssektors als ein zentrales Thema aufzugreifen.

Europäische Union: Stimuliert durch die einsetzende breite internationale Diskussion beschäftigt sich auch die Europäische Union (EU) mit dem Thema Reform des Sicherheitssektors in der Entwicklungszusammenarbeit. In einer Veröffentlichung (Chalmers 2000) werden die aktuellen Projekte und Aktivitäten der EU thematisiert und Richtlinien für eine künftige EU-Politik vorgeschlagen. Die Studie macht deutlich, dass in der EU (ähnlich wie bei verschiedenen Abteilungen und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen) kein explizites Reformprogramm „Sicherheitssektor“ existiert, sondern dass man sich darum bemüht, bereits existierende Programme und Projekte unter diesem Thema zu rubrizieren.

Großbritannien: Von allen bilateralen und multilateralen Geberorganisationen und Ländern hat die britische Regierung am deutlichsten die Reform des Sicherheitssektors in das Zentrum ihrer Entwicklungspolitik gerückt. Während sich früher vor allem das Ministry of Defence und das Foreign and Commonwealth Office mit Sicherheitsfragen beschäftigten, bezog die Regierung Blair das Department for International Development (DFID) in eine generelle Überarbeitung der Sicherheitspolitik ein. Dies hat seinen deutlichen Niederschlag in der Programmatik und in Projekten der britischen Entwicklungspolitik gefunden (Ball 1998; Hendrickson 1999). Der aktuelle Stand des Programms und dessen Perspektiven wurden im Februar 2000 in einem Seminar in London zusammenfassend

bewertet (Short 2000; DFID 2000a; DFID 2000b).

Andere bilaterale Geberländer, der Internationale Währungsfond (IWF) sowie verschiedene Regionalorganisationen beschäftigen sich ebenfalls mit bestimmten Aspekten sicherheitsrelevanter Fragen. So waren die Regierungen Deutschlands, Japans und der Niederlande relativ früh an der Diskussion um die entwicklungspolitisch relevante Höhe der Militärausgaben beteiligt – ein Aspekt, der in der heutigen Debatte um die Reform des Sicherheitssektors eine zentrale Rolle spielt. Verschiedene Länder engagieren sich in Demobilisierungsprogrammen, in der Kontrolle von Kleinwaffen, in Minenräumprojekten und anderen sicherheitsrelevanten Projekten. Darüber hinaus steht in verschiedenen Ländern Krisenprävention als Schwerpunkt der Entwicklungspolitik – ebenfalls mit deutlichen Verbindungslinien zum Militär und Sicherheitssektor – in der Diskussion. Allerdings sind diese Projekte in den seltensten Fällen *expressis verbis* Teil einer Reform des Sicherheitssektors.

Die Reform des Sicherheitssektors wird natürlich nicht nur aus entwicklungspolitischen, sondern auch aus anderen Motiven – vor allem militär- und sicherheitspolitischen – betrieben, von den Akteuren in den betroffenen Ländern ebenso wie von internationalen Gebern. So führt eine Reihe von Regierungen aus Industrieländern aktive Militärhilfeprogramme durch, die zum Teil auch den Umbau der Streitkräfte in den Empfängerländern

beeinflussen. Inzwischen gibt es auch private Firmen, die selbst Leistungen zum Umbau oder der Modernisierung von Armeen anbieten. Entscheidend ist in derartigen Programmen aber die Effizienzsteigerung, Professionalisierung und die Erhöhung der Kampfkraft der Streitkräfte. Die Reform des Sicherheitssektors nach entwicklungspolitischen Kriterien hat demgegenüber andere Ziele: Struktur und Kapazität der Akteure im Sicherheitssektor sollen für eine soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung optimiert werden (siehe hierzu Kapitel 2.1).

In diesem Papier wird einerseits die Breite des Ansatzes „Reform des Sicherheitssektors“ betont und darauf hingewiesen, dass noch kein allgemein anerkanntes und akzeptiertes Konzept existiert (siehe hierzu Kapitel 2.1 und 2.2), andererseits aber beschränkt sich die Analyse weitgehend auf den militärischen Sektor. Außerdem werden in dieser Analyse vorrangig die Handlungsmöglichkeiten (und Hindernisse) für externe Akteure der Technischen Zusammenarbeit thematisiert. Es ist selbstverständlich, dass die Reform des Sicherheitssektors von externen Akteuren unterstützt, jedoch nicht ohne die maßgebliche Beteiligung der Akteure vor Ort durchgeführt werden kann. Andere Aspekte des Themas, wie beispielsweise die Reform ohne Beteiligung externer Akteure oder die Reform ohne Beteiligung der Technischen Zusammenarbeit, werden nicht näher untersucht, sondern nur gelegentlich gestreift. Die

Analyse in diesem Papier beschränkt sich ausschließlich auf Entwicklungsländer.

Um Missverständnisse zu vermeiden, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die begrüßenswerte Beschäftigung von Geberorganisationen mit dem Thema Reform des Sicherheitssektors nicht automatisch bedeuten sollte, sich an allen Reformvorhaben zu beteiligen. In jedem Einzelfall sind die Konsequenzen eines solchen Engagements sorgfältig zu prüfen. Es bleibt – angesichts knapper Mittel – weiterhin abzuwägen, welche Prioritäten in der Technischen Zusammenarbeit gesetzt werden. Die Sicherheit der Menschen kann, je nach den vorliegenden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, möglicherweise durch indirekte Maßnahmen (wie die Stärkung der Zivilgesellschaft oder Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramme) wirkungsvoller gestärkt werden als durch direktes Engagement in den Streitkräften oder bei der Polizeireform.

Die historische Perspektive

In den neunziger Jahren – vor allem gegen Ende des Jahrzehnts – verstärkte sich das Interesse an militär- und sicherheitspolitisch relevanten Themen in der entwicklungspolitischen Diskussion. Die neunziger Jahre sind allerdings nicht die erste Periode, in der Theoretiker und Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit sich mit diesem Themenkomplex befasst haben. Bereits in den sechziger Jahren – zum Teil hervorgerufen durch eine Vielzahl von Staatsstreich des Militärs in Lateinamerika, Afrika und Asien – gab es ein Interesse an der Analyse der angemessenen Rolle des Militärs, des Ressourceninputs für den militärischen Sektor und verwandter Themen. Es ging vor allem um

- den Ressourcenverbrauch des Militärs und die Frage, die in verschiedenen Berichten der Vereinten Nationen aufgearbeitet wurde, ob diese Ressourcen nicht für andere Zwecke verwendet werden sollten. Die Verschwendung von Ressourcen stand im Mittelpunkt der politischen Zielvorstellungen und empirisch ausgerichteten Analysen.
- die Rolle des Militärs bei der Nationenbildung. Entwicklungstheoretiker stellten die Hypothese auf, dass das Militär, angesichts der oft künstlich gezogenen Grenzen im Prozess der Entkolonisierung, eine Rolle als einigende und nationenbildende Kraft spielen könnte.
- die Rolle des Militärs als Trägergruppe für Modernisierung. Insbesondere angelsächsische Soziologen und Politologen betrachteten das Militär als Schlüsselgruppe für eine Modernisierung und Industrialisierung der sich entwickelnden Gesellschaften der Dritten Welt. Sie lieferten damit die Legitimierung umfangreicher Militärhilfeprogramme.

Ein zuvor überwiegend positives Bild des Militärs als Modernisierer änderte sich spätestens am Ende der sechziger Jahre, als die prognostizierte rasche Entwicklung ausblieb und das Militär in vielen Ländern keineswegs Träger von Wachstum und Entwicklung wurde. In den siebziger Jahren standen dann in den wissenschaftlich orientierten Analysen die Ursachen für Coups d'Etats und die Konsequenzen der Politik von Militärregierungen stärker im Mittelpunkt. Die Entwicklungszusammenarbeit ging – vor allem wegen der negativen Rolle der undemokratischen, oft repressiven und staatterroristischen Streitkräfte – völlig auf Distanz zu diesem Themenbereich. Die Rolle des Militärs und die Ressourcenabsorption im militärischen Sektor wurden als ein sehr sensibler Bereich und als zu politisch angesehen und deshalb ausgeblendet.

Die bislang geringe Unterstützung für die Reformen des Sicherheitssektors ist auch darauf zurückzuführen, dass am Sicherheitssektor ausgerichtete Programme der Technischen Zusammenarbeit als eine Unterstützung für das Militär angesehen wurden. Problematisch an der Distanzierung vom Militär war, dass die Militärhilfe und sonstige Kooperation mit den Streitkräften in der Dritten Welt im Zeichen der Ost-West-Konfrontation und der Systemauseinandersetzung, die in ihrer Süddimension auch ihren Niederschlag in Entwicklungsländern fand, in den meisten Geberländern ausschließlich oder zum großen Teil alleine den Streitkräften überlassen blieb.

Die Unterstützung der UdSSR für Länder der Dritten Welt gründete sich fast ausschließlich auf Rüstungsexporte und Ausbildung für die Streitkräfte oder Untergrundbewegungen. Aber auch in Ländern wie den USA und Frankreich, in denen Militärhilfe als Entwicklungskooperation deklariert wurde, dominierte sie rein quantitativ zeitweise die Entwicklungskooperation. Militärische Ausbildung und Lieferung von Waffen standen im Vordergrund, während die angemessene Rolle des Militärs allgemein in der Gesellschaft oder speziell im Entwicklungsprozess wenig oder keine Beachtung fand. Sowohl im Osten als auch im Westen wurden Rechtfertigungen für diese Unterstützung der Streitkräfte gesucht, und es bedurfte des Endes des Kalten Krieges, um militärisch und sicherheitspolitisch relevante Themen wieder in die allgemeinere entwicklungspolitische Diskussion einzubeziehen.

2 Was heißt „Reform des Sicherheitssektors“?

2.1 Definitionen und Reichweite eines neuen Begriffs

Die Reform des Sicherheitssektors ist als relativ neues Thema in der Entwicklungszusammenarbeit noch kein allgemein akzeptiertes und eindeutig definiertes Programm. Zum Teil werden sehr unterschiedliche Aspekte berücksichtigt bzw. unterschiedliche Ziele ins Auge gefasst. In einem Papier des Norwegian Institute of International Affairs (NUPI) für die OECD beispielsweise liegt der Schwerpunkt auf einer Reform der Polizei, der Justiz und der Strafverfolgung – sie werden als Triade der Reform des Sicherheitssektors bezeichnet –, während Militär und paramilitärische Verbände nur am Rande erwähnt werden (NUPI 1999). Es wird deutlich, dass in dieser Analyse und bei den Empfehlungen die norwegischen Erfahrungen in Palästina Pate gestanden haben.

Ausgangspunkt für Reformvorhaben in diesem Bereich ist die Erkenntnis, dass ein nicht-reformierter Sicherheitssektor gewalttätig ausgetragene Konflikte kaum verhindern kann oder sogar zu deren Austragung oder Verschärfung beiträgt. Ohne die Reform werden weiterhin knappe Mittel fehlgeleitet, der Wiederaufbau nach der Beendigung von Konflikten wird behindert und der Korruption Tür und Tor geöffnet. Die Erfahrungen der Vereinten Nationen sowie einiger Nicht-Regierungsorganisationen in Mali zeigen, dass Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung

die Schaffung von Sicherheit ist. Mehrere VN-Missionen, die 1994 und 1995 auf Bitten des Präsidenten Malis und im Auftrag des VN-Generalsekretärs Mali und seine Nachbarländer besuchten, empfahlen, Polizei, Nationalgarde, Gendarmerie und Zoll mit internationaler Hilfe zu reformieren, um dann vor allem den unkontrollierten Kleinwaffentransfer unterbinden zu können. Dieses Konzept wurde unter dem Stichwort „security first“ bekannt; es gab Anstöße für eine breitere internationale Diskussion zum Verhältnis von Sicherheit und Entwicklung (Poulton and

Notwendigkeit zur Reform in Nigeria

“The obstacle to progress that an unreformed security sector can represent is clearly evident in Nigeria, the largest ACP country, and the key to the security and development of West Africa as a whole. Since the Biafran war in the late 1960s, Nigeria has avoided the large-scale armed conflict that has engulfed states such as Congo, Liberia and Sierra Leone. Its failure to achieve sustainable economic development, however, has continued to leave it vulnerable to regional and ethnic conflict. At the heart of Nigeria’s problems has been its inability to create an accountable and effective security sector. Decades of corruption, led by the military forces that have governed the country for most of the period since independence, have crippled the economy of this oil rich country, and led to increasing despair amongst Western donors...”

Quelle: Chalmers 2000, S. 7.

Youssef 1998). Diese Diskussion macht deutlich, dass “security first” nicht bedeuten kann, erst die Sicherheitsprobleme zu lösen und dann Entwicklungsprogramme durchzuführen. Das Konzept “security first” integriert Sicherheitsprobleme in die Entwicklungszusammenarbeit als Teil einer Strategie nachhaltiger Entwicklung und wendet sich gegen deren Ausklammerung (wie dies lange der Fall war).

In den meisten Analysen und auch in den bislang implementierten Projekten wird eine breite Palette unterschiedlicher, für die Sicherheit eines Staates und seiner Bürger verantwortlicher Akteure betrachtet.

Als Fazit kann zusammenfassend festgehalten werden: Der Sicherheitssektor schließt die Streitkräfte, paramilitärische Einheiten, Polizei und Gendarmerie sowie die Geheimdienste ein. Vor allem aber gehören hierzu auch die mit deren Kontrolle und Beaufsichtigung beauftragten zivilen Behörden. Hinzu kommen Justiz und Strafverfolgung, aber auch die Zivilgesellschaft generell, die für eine demokratische Kontrolle von Bedeutung ist. Die Reform des Sicherheitssektors ist Teil eines “Governance”-Reformprogramms.

Ein weiterer Ausgangspunkt bzw. eine Voraussetzung für die Reform des Sicherheitssektors ist für viele der oben genannten internationalen Organisationen und Regierungen eine der Grundüberzeugungen der Entwicklungspolitik: Armutsbekämpfung – ein

zentrales Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit – kann nicht ohne ein Mindestmaß an Sicherheit erfolgreich durchgeführt werden. In einer offiziellen Erklärung der britischen Regierung zum eigenen Engagement in der Reform des Sicherheitssektors heißt es: “Concern about insecurity is a strong concern of the poor. Evidence from participatory poverty assessments shows that wherever people’s basic physical security is threatened (whether by public or domestic violence, civil conflict or crime) dealing with this problem is seen by the poor as an over-riding priority... It must be clear both that reform will help poor people, and that there is a genuine commitment to reform in the country in question.” (DFID 1999, S. 1 und 2).

Eine für die Ableitung von konkreten Projekten brauchbare Definition findet sich im neuen Konzept der OECD (DAC/OECD 2000, S. 9): “... The security sector is defined as encompassing state institutions which have a formal mandate to ensure the safety of the state and its citizens against acts of violence and coercion (e.g. the armed forces, the police, the intelligence services and similar bodies; and the elected and duly appointed civil authorities responsible for control and oversight of these institutions (e.g. Parliament and the Executive).”

2.2 Gefahren einer unpräzisen Betrachtungsweise

Die Weltbank geht in ihrem Engagement für mehr Sicherheit von folgenden Annahmen aus:

- Dieses Jahrhundert wird voraussichtlich eine größere Anzahl innergesellschaftlicher Krisen und gewaltsam ausgetragener Konflikte erleben.
- Die Proliferation von Kleinwaffen ist sowohl Symptom als auch Ursache für zunehmende Unsicherheit. Kriminalität und Gewalt werden gerade in Post-Konfliktgesellschaften durch mangelhafte Entwaffnung ehemaliger Soldaten und Kämpfer verstärkt.
- Eine kohärente und umfassende Politik hinsichtlich sicherheitsrelevanter Fragen (beispielsweise bei exzessiv hohen Militärausgaben) ist erforderlich um menschliche Sicherheit zu gewährleisten.
- Die Arbeit der Geberorganisationen bei praktischen Abrüstungsmaßnahmen muss in ein umfassendes Programm zur Schaffung menschlicher Sicherheit eingebettet sein, das die Reform der Polizei, Justiz und Strafverfolgung einschließt.
- So wie AIDS, die Umwelt und Korruption on Entwicklungsthemen geworden sind, so müssen sicherheitspolitische Themen ebenfalls einen zentralen Platz in der Entwicklungsagenda einnehmen. (Ian A. Johnson, Vizepräsident der Weltbank im Vorwort zu: World Bank 1999.)

Bei der Definition der Reform des Sicherheitssektors und der Formulierung der Ziele

entsteht das Problem, dass eine zu enge Definition (beispielsweise die ausschließliche Beschäftigung mit dem Militär) ein inadäquates Programm zur Folge haben könnte; denn es geht nicht allein um Abrüstung oder die Verkleinerung der Armee, sondern sehr viel genereller um Sicherheit. Genauer gesagt: Es geht um die Sicherheit jedes einzelnen Menschen in der Gesellschaft, um menschliche Sicherheit (human security).

Human Security

“The battle of peace has to be fought on two fronts. The first is the security front where victory spells freedom from fear. The second is the economic and social front where victory means freedom from want. Only victory on both fronts can assure the world of an enduring peace... No provisions that can be written into the Charter will enable the Security Council to make the world secure from war if men and women have no security in their homes and their jobs.”

Quelle: UNDP, Human Development Report 1994, New York, S. 3.

Umgekehrt könnte durch eine zu breite Definition (wie sie in den oben angeführten Ansatzpunkten der Weltbank zum Ausdruck kommt) der Kern der notwendigen Reformen des Sicherheitssektors unklar werden.

Eine weitere Gefahr, zum Teil heute aber eine ganz offensichtliche Tendenz, ist die Einbeziehung sämtlicher bisher bereits praktizierter Projekte der Technischen Zusammenarbeit, die „irgendwie“ auch unter die Überschrift „Reform des Sicherheitssektors“ passen könnten: Armutsbekämpfung, Kri-

senprävention, friedenserhaltende Maßnahmen, Abrüstung, Konversion, Demobilisierung, Minenräumen, Justizreform, Durchsetzung der Menschenrechte, „Good Governance“ usw.. So könnte ein zu undifferenziertes Konzept entstehen, das fast sämtliche Bereiche der Technischen Zusammenarbeit erfasst und nicht mehr bedeutet als eine Umkettierung der bisherigen Arbeit. Eine derartige Tendenz wird in dem Papier zur EU-Perspektive erkennbar, wenn unter der Überschrift „recent activities“ versucht wird, anhand von empirischem Material zu zeigen, wie viel bereits in der Vergangenheit seitens der EU bzw. von den Mitgliedsländern im Bereich der Reform des Sicherheitssektors getan wurde (Chalmers 2000, S. 9ff.).

Militärhilfe

“The emerging development approach to security-sector reform is manifestly different from the ideologically-inclined and technocratic approaches that typified Cold War military assistance programmes. First, security sector reform is conceptualised squarely within the context of efforts to consolidate and to promote human rights and good governance. Second, there is recognition of the need for a much higher degree of local ownership of the process than previous military aid programmes that were largely based on Western models, strategies and doctrines for organising and managing security forces.”

Ouelle: DAC/OECD 2000, S. 9 – 10.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Ausrüstungs-, Militär- und Polizeihilfe ebenfalls zum Reformprogramm „Sicherheitssektor“ gehören kann. Allerdings ist eine

Voraussetzung hierfür, dass diese Art Technischer Hilfe eingepasst ist in eine Gesamtkonzeption. Die während des Kalten Krieges durchgeführten, im wesentlichen ideologisch motivierten, Militärhilfeprogramme entsprachen in der Regel nicht dem heute verwendeten Konzept der Reform des Sicherheitssektors, weil sie lediglich die Stärkung oder Modernisierung des Militärs und die Einflussnahme der Lieferländer zum Ziel hatten, nicht aber den Aufbau eines demokratisch kontrollierten und für Entwicklung förderlichen Sicherheitssektors.

Ausrüstungs-, Militär- und Polizeihilfe wurde deshalb mit zum Teil problematischen Ergebnissen praktiziert: Teils mussten Programme abgebrochen werden, teils trugen derartige Programme zur Stärkung von Polizei und Militär bei, die jedoch weiterhin Menschenrechte missachteten oder sich an die Macht putschten. Zwischen 1985 und 1995 haben, laut Auskunft der Bundesregierung im Jahr 1995, im Rahmen der ländergebundenen Polizei-Ausstattungshilfe 31 Staaten finanzielle Hilfe von Seiten der Bundesrepublik in Höhe von 120 Millionen DM erhalten. Für die Jahre 1995 bis 1998 wurden danach mit 41 Ländern neue Abkommen über 166,3 Millionen DM abgeschlossen. Darin eingeschlossen ist nicht die Ausstattungshilfe für ausländische Streitkräfte, für die im Zeitraum 1992 bis 1998 im Haushalt knapp 150 Millionen DM vorgesehen waren. Dies ist im Vergleich zu anderen westlichen Ländern ein geringer Betrag.

Hauptempfängerländer deutscher Hilfe waren Ägypten, Algerien, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Indonesien, Jordanien, Kenia, Simbabwe, Somalia, die Türkei und Tunesien. Ausbildungshilfe (in Höhe von 30 Millionen DM im Zeitraum 1985 - 1995) wurde darüber hinaus auch an Argentinien, Portugal, Syrien, Thailand, Venezuela und Zypern gegeben. Zu den nach 1995 neu aufgenommenen Ländern gehörten u.a. Albanien, Mazedonien, die Palästinensischen Autonomiegebiete, Rumänien, Russland, die Ukraine und Weißrussland. Vor allem der Bundesgrenzschutz, das Bundeskriminalamt sowie die Polizeibehörden der Länder waren für die Durchführung der Polizeihilfe verantwortlich. Allein die Betrachtung der heutigen innergesellschaftlichen Situation in einer Reihe der genannten Länder zeigt, wie problematisch die Unterstützung war. (Woche im Bundestag, Heft 8 vom 05.05.1995, Heft 13 vom 05.07.1995, Heft 10 vom 30.05.1996).

In der Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1999 wurden die Überprüfung der bestehenden Programme der militärischen Ausstattungshilfe und der Verzicht auf Abschluss neuer Verträge in diesem Bereich angekündigt. Durch Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages wurden dann für 1999/2000 keine neuen Mittel vorgesehen. Allerdings ist zu fragen, ob im Rahmen eines umfassenden Konzeptes einer Reform des Sicherheitssektors entsprechende

Mittel für Militär- und Polizeihilfe in Zukunft erforderlich sind.

Vor einem weiteren Missverständnis sei gewarnt: Die Ausweitung des Begriffs „Sicherheit“, ursprünglich oftmals als militärisch gestützte Sicherheit verstanden, auf menschliche Sicherheit und das Interesse am Sicherheitssektor aus entwicklungspolitischem Blickwinkel bedeutet nicht, dass die Rolle der Streitkräfte automatisch auf sekundäre Aufgaben ausgeweitet werden sollte. Im Gegenteil: Die Bedrohung der Sicherheit beispielsweise aufgrund der Umweltzerstörung heißt nicht, dass das Militär mit der Aufgabe des Schutzes der Umwelt betraut wird. Vielmehr ist vor der Gefahr einer Militarisierung der Gesellschaft zu warnen. Andererseits zeigt sich aber in vielfältigen Situationen, so etwa im Frühjahr 2000 bei der Flutkatastrophe in Mosambik, dass das Militär durchaus schnelle und wirksame „nicht-militärische“ Maßnahmen zum Schutze und zur Rettung von Menschen durchführen kann. Ebenso wie die Reform des Sicherheitssektors erfreulicherweise aktuell diskutiert wird, wäre eine Diskussion zur „sekundären“ Rolle des Militärs wünschenswert.

Als weiteres Fazit kann man zusammenfassen: Zentrales Thema der Reform ist die Schaffung eines professionellen Sicherheitssektors in angemessener Größe, auf der Basis eines angemessenen Ressourceneinsatzes, mit präzisiertem Auftrag und unter demokratischer Kontrolle. Ein so strukturierter Sicherheits-

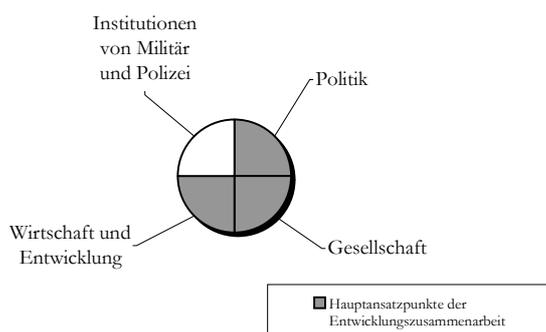
sektor kann einen Beitrag zur Entwicklung eines Landes leisten.

Wie in der Entwicklungszusammenarbeit generell, gilt auch für die Reform des Sicherheitssektors, dass lokal und regional angepasste Strategien erforderlich sind und allgemeine, auf jede Situation anwendbare, Patentrezepte natürlich nicht zur Verfügung stehen. Es sei an dieser Stelle nochmals betont, dass im Mittelpunkt der Analyse in diesem Papier die Möglichkeiten der Technischen Zusammenarbeit im Bereich des Militärs (am Rande auch der Polizei) stehen.

3 Dimensionen, Ziele und Prioritäten der Reform des Sicherheitssektors

Die Reform des Sicherheitssektors umfasst die politische Ebene (die zivile Kontrolle der Akteure), die wirtschaftliche Ebene (den Ressourcenverbrauch für die Sicherheitskräfte), die gesellschaftliche Ebene (die tatsächliche Gewährleistung von Sicherheit für die Bürger) und die institutionelle Ebene (die professionelle Ausrichtung des Sicherheitssektors und institutionelle Trennung der verschiedenen Akteure) (Brzoska 1999).

Schaubild 1: Reform des Sicherheitssektors



Auf jeder dieser Ebenen existieren Notwendigkeiten und Ansatzpunkte für Reformen, allerdings sind die ersten drei Ebenen für die Entwicklungszusammenarbeit relevanter als die Veränderungen zur inneren Struktur der Kräfte im Sicherheitssektor oder deren funktionale Differenzierung. Das heißt, die Hauptansatzpunkte für die Technische Zusammenarbeit liegen nicht in einer direkten Kooperation mit Streitkräften und Polizei. Das Schaubild 1 illustriert diesen Zusammenhang.

3.1 Zivile Kontrolle

“Good Governance” ist eine der zentralen Aufgaben der Reform. Zivile Aufsicht und Kontrolle der Sicherheitskräfte sind Voraussetzung für eine konstruktive, an den Zielen nachhaltiger Entwicklung orientierte Rolle der Sicherheitskräfte. Von Militär und Polizei unabhängige Behörden für die Beschaffung, Budgetkontrolle durch das Parlament und damit Schaffung von Transparenz, Verantwortlichkeit der Führung der Streitkräfte gegenüber einer demokratisch gewählten zivilen Regierung, eine unabhängige Justiz usw. sind einige der notwendigen Grundvoraussetzungen für demokratische Kontrolle.

Diese Normen widersprechen jedoch in vielen Ländern den Traditionen und Praktiken des Militärs. Gleichzeitig überfordern diese am westlichen Demokratiemodell orientierten Normen in vielen Entwicklungsländern das politische System und die zivilen Institutionen. Die Streitkräfte operieren oftmals höchst autonom in einer nicht-transparenten Art und Weise und maßen sich die Rolle des Richters über politische und gesellschaftliche Entwicklung an. Sie entziehen sich in vielen Fällen der zivilen Aufsicht. Entsprechend schwierig ist es, sie als Partner für die Reform zu gewinnen.

Transparenz erfordert aber ebenso Informationen über den Sicherheitssektor für die Zivilgesellschaft. Sowohl die Streitkräfte, vor

Zivilgesellschaft und Reform des Sicherheitssektors in Sierra Leone

In Sierra Leone äußerte sich eine Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen über die Absicht der Regierung, Mitglieder der früheren Streitkräfte, die 1997 gegen die Regierung putschten, wieder in die neuen Streitkräfte zu integrieren. Der Protest der Nicht-Regierungsorganisationen zwang die Regierung, die Tatsache anzuerkennen, dass die alten Streitkräfte in den Augen der Öffentlichkeit völlig diskreditiert waren und daher zunächst einmal ein Dialog zwischen den verbliebenen Resten der alten Streitkräfte und der Zivilgesellschaft erforderlich war.

Quelle: Ball 1999, S. 5.

allem aber die Geheimdienste neigen dazu, möglichst viele Informationen geheim zu halten. Es existieren zweifellos Gründe, nicht alle Informationen zu veröffentlichen, sondern sie als vertraulich zu behandeln. Dies betrifft jedoch nicht Basisinformationen über die Größenordnung und Struktur des Sicherheitssektors, dessen Aufgaben, den Ressourcenverbrauch usw. – Informationen, die sowohl für eine zivile Regierung als auch für die Zivilgesellschaft verfügbar sein sollten. In einer demokratischen Gesellschaft spielt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle als Monitor der Entwicklung der Sicherheitspolitik und der Aktivitäten der verschiedenen Akteure in diesem sensiblen Sektor. Es geht jedoch nicht nur um Transparenz und Informationen, sondern auch um die Entscheidungsgewalt über den Sicherheitssektor, die in demokratischen Gesellschaften in der Hand ziviler Gremien liegt. Zugleich bietet

die Unterstützung einer kritischen und informierten zivilen Gesellschaft dem Militär die Legitimation, die ihm bei der Erfüllung seiner Aufgaben nützen könnte.

3.2 Ressourcenverbrauch

Die Aufwendungen für den Sicherheitssektor (insbesondere für dessen militärischen Teil) bleiben sowohl aus der Perspektive der allgemeinen politischen Entwicklung als auch aus wirtschaftlicher Perspektive besonders problematisch. Ein exzessiver Militär- und Sicherheitsapparat entzieht einer nachhaltigen Entwicklung knappe Ressourcen. Doch über diesen Aspekt hinaus betont die Weltbank, dass die Betrachtungsweise, das Militär als „unproduktiv“ und „korrupt“ anzusehen zu kurz greift. Für die Reform des Sicherheitssektors unter einer demokratischen Kontrolle kann es durchaus erforderlich sein, die eingesetzten Ressourcen (Finanzen, Menschen, Material) zu erhöhen. Es ist nötig, das Augenmerk auf die Institutionen zu richten, die für Budgetentscheidungen verantwortlich sind (World Bank 1999, S.11). Das rechte Maß, die richtige Struktur und den angemessenen Aufgabenkatalog für den Sicherheitssektor zu finden und dementsprechend eine optimale Ressourcenallokation zu gewährleisten, ist deshalb eine zentrale Aufgabe der Reform. Dies kann im Einzelfall auch erfordern, mehr Mittel für einen leistungsfähigen Sicherheitssektor aufzubringen, was bedeutet, dass die oftmals aufgestellte Forderung den Ressourcenverbrauch des Militärs zu reduzie-

ren, um Mittel für Entwicklung frei zu machen, zu kurz greift. Reform des Sicherheitssektors heißt nicht automatisch Reduzierung.

Rüstungshaushalt in Simbabwe

“The DRC (Democratic Republic of Congo) is covering the bulk of the cost for our military involvement in the DRC, which includes fuel, transport, and ammunition. The outlays borne directly by Zimbabwe’s budget were limited to US \$1.3 million per month in 1998, or 0.4 percent of GDP (Gross Domestic Product) at an annual rate... As in 1998, any excess spending over appropriation for 1999 will be met through enforced savings in the military budget...”

Memorandum on the Economic Policies of the Government of Zimbabwe for 1999 an den IWF, zitiert in Ball 1999, S. 12.

Mit dem Ende des Kalten Krieges sind für die Reform neue Möglichkeiten geschaffen worden. In vielen Regionen der Welt sind beträchtliche Anpassungen der Militärhaushalte, Streitkräfte und Waffenarsenale erfolgt, die jedoch häufig (zumindest kurzfristig) zusätzliche Kosten verursacht haben. Allerdings werden diese Chancen zur Anpassung des Sicherheitssektors in vielen Fällen durch die Vielzahl von gewaltsam ausgetragenen Konflikten wieder vertan. Widerstände aus den Streitkräften gegen Demobilisierung oder die Kürzung des Militärhaushaltes sind nachvollziehbar, weil dem Militär Privilegien entzogen wurden und nicht in jedem Fall Perspektiven außerhalb der Streitkräfte geboten werden konnten. Zum Teil wurde und wird die Resistenz der militärischen Elite, beispielsweise gegen Kürzungen des Militärhaushaltes,

durch das Verhalten externer Akteure unterstützt, die bei der Vergabe von Krediten in der Entwicklungszusammenarbeit oder bei Handelsgeschäften darauf verzichten, Rechenschaft über den militärischen und sicherheitsrelevanten Teil des Haushaltes zu verlangen.

3.3 Sicherheit

Vorrangige Aufgabe des Sicherheitssektors und seiner Akteure ist die Gewährleistung der äußeren und inneren Sicherheit der Bürger. Diese Art von Sicherheit ist nicht mit militärischer Sicherheit gleichzusetzen. Militärisch orientierte Sicherheit setzt traditionell bei der Verteidigung des Territoriums gegen Angriffe von außen an. Allerdings ist dieses Verständnis von Sicherheit in Entwicklungsländern auf zweifache Weise untergraben worden. Erstens sind die Streitkräfte in zahlreichen Ländern weit davon entfernt, nur die Sicherheit des Territoriums und des Staates garantieren zu wollen. Sie haben sich oftmals – wie auch das Militär in anderen Ländern – aktiv an Angriffskriegen beteiligt, auch wenn dies in jedem Einzelfall von den Beteiligten bestritten wird. Zweitens haben die Streitkräfte noch häufiger innergesellschaftliche Funktionen usurpiert. Diese Aktivitäten reichen von Staatsstreich bis zu Genoziden, von der Aneignung von Ressourcen bis zur Bereicherung mit korrupten Mitteln, von der Terrorisierung der Bürger bis zur Kontrolle des politischen Geschehens. Die öffentliche Sicherheit kann nur gewährleistet werden,

wenn durch entsprechende Reformen die Kräfte des Sicherheitssektors für diese Aufgaben adäquat ausgerüstet und ausgebildet sind, für diese – und nur für diese – Aufgabe eingesetzt werden und wenn die Bevölkerung entsprechendes Vertrauen in den Sicherheitssektor gewinnt.

Reform des Sicherheitssektors heißt vor allem die Gewährleistung von menschlicher Sicherheit. Im Regelfall ist diese neue Funkti-

onszuweisung mit einer Einschränkung und Umorientierung der Rolle der Akteure des Sicherheitssektors (nicht nur des Militärs und der Polizei) verbunden. Sicherheit ist jedoch nicht ausschließlich ein objektiv feststellbarer Zustand, sondern auch eine Frage der Wahrnehmung und der Emotionen. Angesichts der zahlreichen gewaltsam ausgetragenen Konflikte sowie der Geschichte der Übergriffe von Streitkräften, Polizei, Justiz und Straf-

Ziele demokratischer Reform im Weißbuch zur Verteidigung der Republik Südafrika

- National security shall be sought primarily through efforts to meet the political, economic, social and cultural rights and needs of South Africa's people, and through efforts to promote and maintain regional security.
- South Africa shall pursue peaceful relations with other states.
- South Africa shall adhere to international law on armed conflict and to all international treaties to which it is party.
- The South African National Defence Force (SANDF) shall have a primarily defensive orientation and posture.
- South Africa is committed to the international goals of arms control and disarmament. It shall participate in, and seek to strengthen, international and regional efforts to contain and prevent the proliferation of small arms, conventional armaments and weapons of mass destruction.
- South Africa's force levels, armaments and military expenditure shall be determined by defense policy which derives from an analysis of the external and internal security environment, which takes account of the social and economic imperatives of the Reconstruction and Development Programme.
- The SANDF shall be a balanced, modern, affordable and technologically advanced military force, capable of executing its tasks effectively and efficiently.
- The functions and responsibilities of the SANDF shall be determined by the Constitution and the Defence Act.
- The primary role of the SANDF shall be to defend South Africa against external military aggression. Deployment in an internal policing capacity shall be limited to exceptional circumstances and subject to parliamentary approval and safeguards.
- The SANDF shall be subordinate and fully accountable to Parliament and the Executive.
- The SANDF shall operate strictly within the parameters of the Constitution, domestic legislation and international humanitarian law. It shall respect human rights and the democratic political process.
- Defence policy and military activities shall be sufficiently transparent to ensure meaningful parliamentary and public scrutiny and debate, insofar as this does not endanger the lives of military personnel or jeopardize the success of military operations.
- The SANDF shall develop a non-racial, non-sexist and non-discriminatory institutional culture as required by the Constitution.
- The composition of the SANDF shall broadly reflect the composition of South Africa.
- The SANDF shall respect the rights and dignity of its members within the normal constraints of military discipline and training.

Quelle: Nathan 1999.

verfolgungsorganen ist der Aufbau des erforderlichen Vertrauens ein oftmals langfristiger Prozess.

Polizeireform in El Salvador

Die Reform in El Salvador illustriert das Problem, Mitglieder der ehemaligen Polizeistreitkräfte in eine neue, demokratische Polizei zu integrieren. Die neue salvadorianische Polizei setzt sich zusammen aus neu rekrutierten Mitgliedern, umgeschulten ehemaligen Ex-Guerillas und Polizisten sowie komplett übernommenen Einheiten der alten Polizei. Nach Ansicht von VN-Beratern versahen die neu rekrutierten und ausgebildeten Polizisten ihren Dienst in der Regel effektiv und vorbildlich. Der Transfer der kompletten alten Einheiten erwies sich jedoch als problematisch; einige der Mitglieder waren an kriminellen Aktivitäten beteiligt.

Ouelle: NUPI 1999. S. 23.

3.4 Professionalisierung und Funktionszuweisung

Ein Element der Reform betrifft die Rolle der Sicherheitskräfte. Allerdings sollte dieser Aspekt nicht im Zentrum entwicklungspolitischer Bemühungen stehen. Programme der Militärhilfe oder Polizeihilfe werden vermutlich effizienter von Militär und Polizei durchgeführt. Dass sie den Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit entsprechen ist in jedem Einzelfall zu gewährleisten (auf diesen Aspekt wird nochmals in Kapitel 4 „Probleme und Dilemmata“ eingegangen.) Ein weiterer Grund für die Notwendigkeit, die direkte Kooperation der Entwicklungszusammenarbeit mit den Akteuren des Sicherheitssektors

sorgfältig zu prüfen, ist die bereits oben erwähnte Tatsache, dass die Reform des Sicherheitssektors oftmals Ziele hat, die über die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit hinausgehen. Dies gilt vor allem für die Rationalisierung und Modernisierung der Streitkräfte. Dieses Ziel steht häufig im Gegensatz bzw. in Konkurrenz zu entwicklungspolitischen Zielen.

Oft sind Streitkräfte, Polizei, Justiz und Strafverfolgung aufgrund ihrer Rolle in innergesellschaftlichen Konflikten völlig diskreditiert. Trotzdem sollen sie häufig auch Teil des reformierten Sicherheitssektors sein, zumal qualifiziertes Personal in der Regel knapp ist. In anderen Fällen soll eine Integration früher verfeindeter Streitkräfte und Untergrundarmeen erfolgen. Dieser Teil der Reform ist oftmals der schwierigste und problematischste. Das Spektrum der Reformaufgaben reicht von der Entwicklung

Britische Hilfe zur Reform der Streitkräfte in Südafrika

Seit 1994 unterstützt das British Military Training Team (BMATT) die südafrikanischen Streitkräfte - auf Bitten der südafrikanischen Regierung und finanziert durch Programme des britischen Außenministeriums und Verteidigungsministeriums - bei deren Integration. Sieben unterschiedliche, sich während der Apartheidphase zum Teil bekämpfende Streitkräfte sollen in die Südafrikanische Nationale Armee zusammen geführt werden. Der Auftrag für BMATT beinhaltet Personalauswahl, Ausbildung und Demobilisierung. Das derzeitige Programm ist bis März 2001 befristet.

einer neuen Doktrin über die Demokratisierung des Sicherheitssektors bis zur funktionalen Differenzierung (Trennung von Streitkräften, Polizei und paramilitärischen Einheiten und jeweils unterschiedlichen Funktionszuweisungen).

Ausbildung für bestimmte Aufgaben (z.B. für den Einsatz bei friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen), die technische Modernisierung der Streitkräfte, interne Demokratisierung, Rollenorientierung (Beachtung der Menschenrechte sowie anderer internationaler Normen), Akzeptanz einer zivilen Kontrolle usw. gehören zu den erforderlichen, nicht aber von vorne herein akzeptierten, Maßnahmen der Reform.

3.5 Ansatzpunkte für Reformen

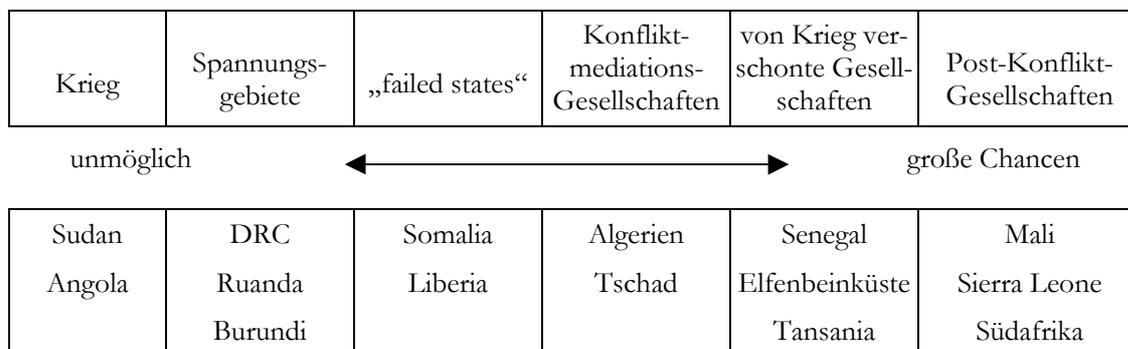
Generalisierende Aussagen über die Art und die erforderlichen Schritte der Reform des Sicherheitssektors sind nur schwer möglich, da die jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen sowie die regionalen Besonderheiten zu beachten sind.

Dennoch soll versucht werden, einige verallgemeinernde Bedingungen aufzuzeigen und Schlussfolgerungen zu ziehen. Eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung von Reformen ist der Reformwille relevanter Partner in Entwicklungsländern; ebenso bedeutsam ist jedoch die Situation, in der sich das jeweilige Land befindet.

Auf einer Skala lassen sich die Chancen und Möglichkeiten für die Reform in unterschiedlichen Situationen aufzeigen. Die beiden Pole bilden einerseits Länder, die sich im Krieg befinden (wie beispielsweise Sudan oder Angola), und andererseits Länder in einer Post-Konfliktsituation (wie Mali, Südafrika und Sierra Leone).

Es ist selbstverständlich, dass angesichts der Fortführung von Krieg und gewaltsamen Auseinandersetzungen keine Reformbereitschaft vorhanden ist. Im Gegenteil, die verfeindeten Parteien bemühen sich in der Regel darum, ihr kriegerisches Potenzial zu verstärken, um den Gegner zu besiegen. Reformen zur Einführung ziviler Kontrolle des Militärs,

Schaubild 2: Skala der Möglichkeiten für Reformen des Sicherheitssektors



wachsender Einfluss der Zivilgesellschaft oder Demobilisierung und Abrüstung können in kriegführenden Ländern nicht oder nur begrenzt erwartet werden. Dennoch ist gerade in dieser Situation die Zivilgesellschaft als Monitor, “Watchdog” und “Whistleblower” gefragt. Pläne für spätere Programme der Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration können auch während der Auseinandersetzung bereits beginnen. Entsprechende Unterstützungsmaßnahmen sind durchaus möglich.

Ähnlich problematisch ist die Situation in Spannungsgebieten und Ländern mit hoher Kriegswahrscheinlichkeit. In diesen Ländern wird zumeist aufgerüstet, die Streitkräfte werden mobilisiert und die zivilrechtlichen Normen außer Kraft gesetzt. Von einer auf nachhaltige Entwicklung orientierten Ressourcenallokation kann keine Rede sein. Externe Unterstützung wird im Regelfalle von der Regierung nur für die eigenen Kriegsanstrengungen akzeptiert. Allerdings ist auch in diesem Falle eine Konzentration der Unterstützung in der Zivilgesellschaft denkbar. Gerade hier ist es erforderlich, nach Wegen zu suchen und Strukturen zu unterstützen, die die Sicherheit der Menschen stärken.

Schlechte Voraussetzungen für eine umfassende Reform des Sicherheitssektors bieten auch schwache Staaten, sogenannte “failed” oder “collapsed states”. Kennzeichen dieser Entwicklung ist der Verlust der staatlichen Kontrolle über das Gewaltmonopol. In einer solchen Situation sind Reformen des staatlich

legitimierten Gewaltapparates praktisch unmöglich. Somalia ist Prototyp dieser Situation; die Fragmentierung der einzelnen militärisch agierenden Gruppen und “Warlords” zeigt, dass nur unter günstigen Bedingungen (beispielsweise durch die Eröffnung einer anderen ökonomischen Perspektive) einzelne Gruppen bereit sind, sich entwaffnen zu lassen. Zu einer grundsätzlichen Reform des Sicherheitssektors fehlen jedoch die Voraussetzungen.

Günstiger sind die Chancen in Ländern, in denen Konflikte moderiert werden und gute Chancen zur Lösung oder Eindämmung von Konflikten existieren. Oftmals besteht allerdings nicht genügend gegenseitiges Vertrauen, um sich schon in der Phase der Konfliktmediation auf umfassende Reformen einzulassen. Es ist deshalb bedeutsam, schon in der Phase der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen Reformen des Sicherheitssektors zu planen und möglichst zu vereinbaren (wie dies beispielsweise für Mosambik im Abkommen von Rom 1992 der Fall war).

In Entwicklungsländern, die von größeren gewaltsam ausgetragenen Konflikten verschont blieben, bestehen ebenfalls gute Aussichten für eine Reform. Allerdings ist hier häufig mit dem Widerstand der Streitkräfte zu rechnen. Das Beharrungsvermögen der Streitkräfte, das Festhalten an althergebrachten Strukturen behindert erforderliche Reformen. Diese Position in den Streitkräften bedeutet nicht notwendigerweise eine irratio-

nale oder nicht nachvollziehbare Reformunwilligkeit der betroffenen Akteure, sondern lässt sich durch den drohenden Verlust von Privilegien der Sicherheitselite erklären. Externe Unterstützung der Reformkräfte (im Regelfalle die Zivilgesellschaft, möglicherweise aber auch in den Streitkräften selbst) kann dazu beitragen, Reformen tatsächlich in Gang zu setzen.

Im Gegensatz zu Ländern, die sich im Krieg befinden, sind die Chancen in Post-Konfliktgesellschaften, in Ländern, in denen Friedensabkommen abgeschlossen wurden, in denen möglicherweise gar die Reduzierung und Anpassung der Sicherheitskräfte vereinbart wurde, ausgesprochen positiv zu beurteilen. Im Regelfall ist hier die Bereitschaft groß, auch externe Unterstützung für eine Umorientierung und Reform zu akzeptieren.

3.6 Bausteine für Reformen

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass es weder Patentrezepte für die Reform des Sicherheitssektors gibt, noch die bisherigen empirischen Erfahrungen umfassend genug sind, um bereits allgemeingültige Schlussfolgerungen zu ziehen. Deshalb sei auf einige Bausteine für mögliche Reformen hingewiesen, ohne dass diese als Model für künftige Programme angesehen werden können.

Aus der breiten Diskussion um zivil-militärische Beziehungen lassen sich auch für die Reform des Sicherheitssektors Erkenntnisse ableiten, die für Projekte der Technischen Zusammenarbeit durchaus praktische

Konsequenzen haben (Bland 1999): Ein erstes Problem wird als das von Huntington beschriebene Prätorianerproblem bezeichnet: die Notwendigkeit, die politische Macht des Militärs zu beschränken. Als zweites gibt es die Notwendigkeit, über disziplinierte Streitkräfte zu verfügen, denn ein undisziplinierter Haufen Bewaffneter könnte für die Gesellschaft ruinös sein. Drittens besteht ein Problem der gegenseitigen Kontrolle: Das Militär muss demokratischer ziviler Kontrolle unterliegen, gleichzeitig aber muss es vor Politikern geschützt sein, die es aus persönlichen oder parteilichen Gründen missbrauchen könnten. Schließlich, viertens, steht jede Regierung vor dem Problem „moderner“ Streitkräfte: die Expertise der zivilen Kontrollorgane. Wie kann eine zivile Regierung, der oft die fachlichen militärischen oder sicherheitstechnischen Kenntnisse und Erfahrungen fehlen, einen professionellen militärischen Apparat kontrollieren?

Diese im Kontext für Armeen entwickelten Fragestellungen finden ausnahmslos auch für die Reform des Sicherheitssektors Anwendung. Ein umfassendes Konzept der Reform des Sicherheitssektors muss auf allen vier Ebenen ansetzen: der Kontrolle des Militärs, dem Aufbau disziplinierter, professioneller Sicherheitskräfte und der Professionalisierung der Regierung und der Zivilgesellschaft allgemein.

Die Weltbank hebt – unter besonderer Berücksichtigung ihrer Aufgaben und ihres Mandates – auf Transparenz und Manage-

ment im Sicherheitssektor sowie auf die Möglichkeiten von Geberorganisationen und Länder ab und erwähnt ausdrücklich die folgenden Programme:

- Entwicklung der zivilen Expertise zur Analyse von Sicherheitsbedürfnissen und Bedrohungen sowie zur Kontrolle des Sicherheitssektors.
- Ausbildung von Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes zur Haushaltsplanung und -überwachung.
- Unterstützung für demokratisch gewählte Parlamente zur Beurteilung sicherheitspolitischer relevanter Fragen.
- Reform der Justiz, Gesetzgebung und Strafverfolgung.
- Stärkung der Zivilgesellschaft zwecks Monitoring der Reformen.

Als Unterstützung aus Geberländern wird besonders empfohlen: (1) Ausbildung der Sicherheitskräfte in Menschenrechtsfragen; (2) Stärkung der demokratischen Verantwortlichkeit der Sicherheitskräfte durch die Förderung des Dialogs zwischen Politikern, Sicherheitskräften und Öffentlichem Dienst; (3) Unterstützung für effizientes Management und Verantwortlichkeit für Militärausgaben (World Bank 1999, S. 12).

Das bislang am systematischsten entwickelte Programm, das Reformprogramm der britischen Regierung, enthält gemäß einer Rede der zuständigen Ministerin, Clare Short, folgende sieben Prioritäten: (1) Die Integration einer Perspektive für die Sicherheitssektorreform in das eigene britische Programm der

Entwicklungszusammenarbeit und in die Konzepte anderer Geber und internationaler Organisationen; (2) die Gewährleistung von Partnerschaftsprogrammen mit den Vereinten Nationen und Regionalorganisationen (wie beispielsweise die Economic Community of West African States, ECOWAS) im Bereich der Sicherheit und Krisenprävention, um deren organisatorische Kapazitäten zu stärken; (3) Ausbildungsprogramme in internationalen Menschenrechtsnormen für Mitglieder des Militärs in Entwicklungsländern; (4) internationale Anstrengungen zum Verbot der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindersoldaten; (5) Engagement zur Reduzierung der Proliferation von Kleinwaffen; (6) Reduzierung exzessiver und unangemessener Militärausgaben; (7) verstärkte Unterstützung zum Aufbau der Kapazität in Entwicklungsländern, sich an friedenserhaltenden Maßnahmen zu beteiligen (Short 1999).

In anderen Äußerungen der britischen Regierung wird detaillierter auf einzelne Projekte und Unterstützungsmaßnahmen eingegangen, allerdings wird durch diese Veröffentlichungen deutlich, dass auch in Großbritannien noch kein ausgereiftes und klar definiertes Konzept der Reform des Sicherheitssektors existiert.

Systematischer werden die Ebenen für Sicherheitssektor-Reformvorhaben für die britische Regierung von Nicole Ball (Ball 1998, Kapitel 2) und von Malcolm Chalmers in seiner Analyse für die Europäische Union weiterentwickelt (Chalmers 2000, Kapitel 2).

Danach sollte der Schwerpunkt bei neun Aktivitätskategorien liegen: (1) Unterstützung der Organisationen des Sicherheitssektors, um deren legitime Funktionen ausführen zu können, (2) Stärkung von zivilem Management und Kontrolle; (3) Unterstützung des Respekts für Menschenrechte und gesetzlicher Normen der Organisationen des Sicherheitssektors; (4) Stärkung der Kapazität der Zivilgesellschaft, um Monitorfunktionen wahrnehmen zu können. (5) Unterstützung für Transparenz des Managements des Sicherheitssektors und des Haushaltes; (5) Förderung regionaler vertrauensbildender Maßnahmen; (6) Technische Hilfe für die Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kombattanten; (7) Kontrolle der Proliferation von Kleinwaffen; (8) Einbeziehung der Reformvorhaben des Sicherheitssektors in den politischen Dialog.

Eine andere überzeugende Kategorisierung, die aber ähnliche Unterpunkte enthält, wurde im DAC/OECD-Forum gewählt (DAC/OECD 2000, Kapitel 5). In der DAC/OECD-Analyse wird zusätzlich das Problem der Kindersoldaten eingeschlossen und als besondere Kategorie der Aufbau von Forschungskapazitäten in Entwicklungsländern erwähnt (DAC/OECD 2000, S. 26).

In der bisherigen Diskussion und in der Praxis sind sowohl Hindernisse als auch Möglichkeiten für die Reform des Sicherheitssektors (und für das Engagement externer Akteure) benannt worden. Zusammenfassend können folgende Bausteine als Kern der

Areas for development assistance

Enhancing state capacity and policy coherence:

- Security sector reviews
- Management of security expenditure
- Civilian expertise on security issues
- Regional confidence-building and peace-keeping capacity

Reform and training of security forces:

- Military and police reforms
- Training assistance

Demilitarisation and peace-building:

- Conversion of security resources to civilian use
- Demobilisation and reintegration of ex-combatants
- Regulation of small arms
- Child soldiers

Strengthening democratic governance and the rule of law:

- Justice systems
- Civil society

Building research capacity in developing countries

Quelle: DAC/OECD 2000, S. 21 – 26.

Reform des Sicherheitssektors – gemäß der oben beschriebenen vier Dimensionen - benannt werden:

Politische Ebene: Stärkung der Zivilgesellschaft (Regierung und Parlament als Monitoring-, Entscheidungs- und Kontrollinstanzen), Planung und Haushaltskontrolle, Unterstützung und Professionalisierung von Nicht-Regierungsorganisationen und Presse.

Wirtschaft und Entwicklungsebene: Maßnahmen zur Durchführung von Abrüstung und Konversion, Demobilisierung und Reintegration von Streitkräften, Nutzung vormals militärisch eingesetzter Ressourcen

(z. B. Liegenschaften) für zivile Zwecke.

Gesellschaftliche Ebene: Stärkung der öffentlichen Sicherheit, einschließlich des Trainings zur Erstellung sicherheitsrelevanter Analysen und zur Abschätzung von Sicherheitsbedürfnissen der Bürger. Kontrolle des Rüstungstransfers, insbesondere Maßnahmen zur Kontrolle des Missbrauchs von Kleinwaffen.

Institutionelle Ebene (als nicht vorrangig entwicklungsorientierte Ebene mit geringerer Priorität): Professionalisierung und neue Funktionszuweisung der Streitkräfte, Ausbildung der Streitkräfte zur Anwendung internationaler Normen und Gesetze.

In Kapitel 5 „Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit“ werden 15 empfehlenswerte Maßnahmen vorgeschlagen.

4 Probleme und Dilemmata

Der Sicherheitssektor ist ein politisch sensibler Bereich. Reformprogramme stoßen auf gravierende Probleme, die zwar auch generell in der Technischen Zusammenarbeit eine Rolle spielen, wegen der Sensibilität des Sicherheitssektors jedoch ausgesprochen relevant sind und deshalb erhöhte Aufmerksamkeit erfordern: (1) die Frage der richtigen Partner für die Reform in den betroffenen Ländern, (2) die Kohärenz der Politik der Geberländer und (3) die Wahl der entwicklungspolitischen Prioritäten angesichts knapper Mittel.

4.1 Die richtigen Partner

Es kann nicht grundsätzlich vorausgesetzt werden, dass in Entwicklungsländern in jedem Falle der Wille zur Reform des Sicherheitssektors vorhanden ist oder die Bereitschaft, externes Engagement oder Unterstützung speziell in diesem Sektor zu akzeptieren. Die Reformwilligkeit der betroffenen Akteure ist jedoch eine Voraussetzung für nachhaltige und systematische Veränderungen. Damit sind die möglichen Grenzen externer Unterstützung aufgezeigt. Ebenso wurde auf die häufig dubiose Rolle der Akteure im Sicherheitssektor aufmerksam gemacht. Ist zum Beispiel eine Zusammenarbeit bei der Reform mit den für den Genozid in Ruanda verantwortlichen früheren Militärs möglich? Ist die blutige Geschichte des Militärs in Südamerika ein Grund, auch noch heute in der

Kooperation vorsichtig zu sein oder sie abzulehnen? Kann Entwicklungszusammenarbeit im Justizbereich mit den Taliban in Afghanistan funktionieren, und muss die Kooperation angesichts des Militärputsches in Pakistan oder der Nuklearambitionen in Indien verändert oder eingestellt werden? Was bedeuten die Aktionen des indonesischen Militärs in Osttimor für eine Kooperation bei der Reform des Sicherheitssektors? Für fast alle Entwicklungsländer sind kritische Fragen zu stellen, und die Antworten werden nur selten klar und eindeutig ausfallen.

Wenn die oben zitierte Einschätzung von Entwicklungsfachleuten richtig ist, nämlich dass die Gewährleistung von menschlicher Sicherheit in zentraler Weise von der Rolle der Akteure im Sicherheitssektor abhängig ist, dann ist es erforderlich, mit geeigneten Partnern die notwendigen Reformen durchzusetzen. Diese Partnerschaft wird in vielen Fällen noch komplizierter sein als in manch anderen Bereichen der Entwicklungskooperation. Gelegentlich wird es notwendig sein, von einer direkten Zusammenarbeit, beispielsweise mit einem korrupten Justizapparat, abzusehen oder Ausbildungsprogramme in den Streitkräften zu unterlassen, wenn die Gefahr besteht, dass die direkte Militärhilfe Aktivitäten fördert oder legitimiert, die nicht zu einer Erhöhung der menschlichen Sicherheit, sondern zu deren Gegenteil führen. Es wird Situationen geben, in denen die Grenze

zwischen dem Engagement für eine als positiv einzuschätzende Reform und möglicher (ungewollter) Komplizenschaft bei entwicklungspolitisch fragwürdigen Programmen nicht immer im voraus klar erkennbar ist.

Geheimdienste

“The role of intelligence services in the security sector should be recognised and addressed. Practically all governments find it necessary to maintain specialized forces in this area... Intelligence agencies should be included in security sector reform where their work is concerned with internal security threats. In this area, donors have been reluctant to contribute, as the need for transparency that pervades all other efforts in security sector reform is difficult to reconcile with the development of secret services. To counteract the obvious lack of transparency, the intelligence agencies must be subject to some form of civilian control. A complete detachment of such services from a general process of reform may easily undermine constructive development in other areas.”

Quelle: NUPI 1999, S. 19.

In Zweifelsfällen ist es daher sinnvoll, die direkte Kooperation mit Sicherheitskräften zu meiden und statt dessen vor allem die Kräfte zu stärken und zu unterstützen, die für eine demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors verantwortlich sind. Unterstützung für zivile Regierungen, demokratisch gewählte Parlamente, Beamte mit Kontrollkompetenzen und Monitore in der Zivilgesellschaft werden langfristig die Reform des Sicherheitssektors nachhaltiger voranbringen als zweifelhafte Militär- oder Polizeihilfe. Deshalb ist die Betonung der Förderung von

“Good Governance” (auch im Sicherheitssektor) häufig der konstruktivste, wenn auch ein indirekter Weg zur Erreichung des Ziels von menschlicher Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung.

4.2 Kohärenz der Politik der Geber

Internationale Zusammenarbeit im Sicherheitssektor und Technische Zusammenarbeit waren in der Vergangenheit nicht nur nicht aufeinander abgestimmt, sondern bildeten in vielen Fällen geradezu Gegensätze. Mit Beispielen aus fast jedem Geberland kann diese Aussage belegt werden. Während sich das Ministerium für Entwicklung um eine entwicklungsadäquate Reduzierung der Militärausgaben bemühte, trat der Wirtschaftsminister als Lobbyist der Rüstungsindustrie auf. Während die Entwicklungsexperten Konzepte zum Transfer angepasster Technologie entwickelten, florierte der Transfer mit Hochtechnologie-Waffensystemen. Während über Entschuldungsprogramme verhandelt wurde, erhöhten Rüstungsimporte die Auslandsverschuldung erneut. Während auf internationalen Tagungen die Missachtung von Menschenrechten angeprangert wurde, trainierten Ausbilder Foltermethoden. Diese Widersprüche gehen so weit, dass nicht selten Streitkräfte in Blauhelmissionen der Vereinten Nationen mit Waffensystemen angegriffen wurden, die zuvor an die “Verletzer“ der internationalen Normen geliefert worden waren. Die Beispiele aus jüngster Zeit reichen vom Irak bis Jugoslawien, von

Angola bis Sierra Leone, von Tadschikistan bis zu Indonesien. Verstärkt wurde dieser Trend zur unkritischen Lieferung von Waffen unter anderem durch eine Politik des liberalen Exportes von Waffen, die durch Abrüstung überschüssig geworden waren.

Kohärente Politik

“There is considerable potential for complementarity between DFID support and existing MOD (Ministry of Defence) and FCO (Foreign and Commonwealth Office) activities in the area of security sector reform:

The FCO’s Assistance to Support Stability with In-Service Training (ASSIST) is designed to promote, within overseas military and police forces, respect for civilian democratic government and practices, the rule of law and international human rights standards...

The MOD’s new Defence Diplomacy Mission, announced by the MOD as part of the *Strategic Defence Review*, aims to dispel hostility, build and maintain trust and assist in the development of democratically accountable armed forces, including internal security forces...”

Quelle: DFID 1999. S. 7.

Zwar ist das Verständnis für die Notwendigkeit einer kohärenten Politik der Geberländer und der internationalen Organisationen heute geschärft, dennoch lässt deren Implementierung im Bereich der Sicherheit zu wünschen übrig. Kurzsichtige, oft einzelwirtschaftlich motivierte Interessen stehen nach wie vor im Konflikt mit Zielen einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung. Zentrale Voraussetzung für eine wirksame und systematische Reform des Sicherheits-

sektors ist eine koordinierte und aufeinander abgestimmte Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Es besteht ein großes Potenzial für Komplementarität, ebenso aber auch die Gefahr der gegenseitigen Be- oder Verhinderung erklärter Ziele.

Die Maßnahmen der Geberländer dürfen sich nicht nur nicht widersprechen, sie müssen auch ausbalanciert sein. Es kann z. B. sinnvoll sein, die Polizei eines Landes mit modernen Schusswaffen auszurüsten, aber nur unter der Bedingung, dass die Polizei zur gleichen Zeit darin ausgebildet wird, sich nach rechtsstaatlichen Regeln zu verhalten und nur, wenn entsprechende zivile Kontrollen dies gewährleisten.

4.3 Die Wahl der Prioritäten angesichts knapper Mittel

Eine Reihe anderer Zielkonflikte könnte zu einem Dilemma der Reform des Sicherheitssektors werden oder die Reform belasten. Die Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit können einen größeren Ressourceneinsatz erfordern – Ressourcen, die dann für andere Programme nicht mehr zur Verfügung stehen. Häufig wird es angesichts knapper Mittel der Technischen Zusammenarbeit gelten, Prioritäten zu setzen. Bei einem Engagement für die Reform des Sicherheitssektors ist deshalb die strikte Anwendung entwicklungspolitischer Kriterien dringend erforderlich. Die in der entwicklungspolitischen Diskussion bekannten Positionen des “do no harm” (Mary Anderson)

gelten insbesondere auch als Maßstab für ein Engagement der Technischen Zusammenarbeit in der Reform des Sicherheitssektors.

Andere mögliche Zielkonflikte seien nur am Rande erwähnt: Zusätzliche zivile Kontrolle könnte unter Umständen einen Verlust an Professionalität bedeuten. Weiterhin sei nochmals auf die Gefahr hingewiesen, dass die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs als mögliche Funktionsausweitung des Militärs (und einer damit einhergehenden Militarisierung der Gesellschaft) missverstanden werden kann.

In Reformprogrammen müssen derartige Dilemmata und Zielkonflikte berücksichtigt und sorgfältig abgewogen werden.

5 Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit

5.1 Das Konzept der Reform

Empfehlung 1: Die Reform des Sicherheitssektors zielt auf die Erhöhung der Sicherheit, auf zivile Kontrolle der Sicherheitskräfte, auf einen angemessenen Verbrauch an Ressourcen und eine Professionalisierung der Akteure des Sicherheitssektors. Diese Ziele werden nicht vorrangig durch die direkte Intervention in den Sicherheitssektor erreicht, vielmehr müssen indirekte Maßnahmen in Betracht gezogen werden. Konkret: der Blick darf nicht nur auf die Sicherheitskräfte gerichtet sein.

Empfehlung 2: Es ist erforderlich, genauer zu bestimmen, welche Maßnahmen geeignet sind, die Reform des Sicherheitssektors zu fördern. Darüber hinaus ist notwendig, einen umfassenden Ansatz zu wählen, der die Streitkräfte, die Polizei, Exekutive und Legislative, Justiz und Strafvollzug und die Zivilgesellschaft einbezieht (ob tatsächlich auch die Geheimdienste mit Unterstützung externer Akteure reformiert werden sollen, wird hier in Frage gestellt). Für die Technische Zusammenarbeit gilt insbesondere: Angesichts der bislang geringen Erfahrungen in praktischen Projekten sind vorausschauende Machbarkeitsstudien und begleitende Evaluierungen erforderlich.

Empfehlung 3: Zentrale Voraussetzung für eine wirksame und systematische Politik der Unterstützung der Reform des Sicherheits-

sektors ist Kohärenz. Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik müssen aufeinander abgestimmt sein und dürfen sich nicht konterkarieren. In diese Koordination müssen insbesondere Militär- und Polizeihilfeprogramme sowie die Rüstungsexportpolitik eingeschlossen sein. Technische Zusammenarbeit kann nur erfolgreich tätig werden, wenn diese politischen Rahmenbedingungen stimmen.

Empfehlung 4: Wegen der Sensibilität sicherheitsrelevanter Fragen bedarf es einer eindeutigen politischen Vorgabe und des notwendigen Konsenses über Ziele und Einzelprogramme des Reformvorhabens. Die Reichweite des Programms muss präzise umrissen sein. Die entwicklungspolitischen Zielvorstellungen müssen klar definiert sein. Die internationale Diskussion und die Abstimmung zwischen verschiedenen Geberorganisationen haben in den letzten beiden Jahren Fortschritte gemacht, von einem abgestimmten Konzept kann jedoch noch nicht die Rede sein.

5.2 Institutionalisierung der Reform

Empfehlung 5: Die Herausforderung heute besteht darin, von der Analyse zur Implementierung der Reformprogramme zu schreiten. Allerdings wird hier nicht für flächendeckende Projekte der Technischen Zu-

sammenarbeit plädiert; angesichts der bislang geringen Erfahrungen sollte in wenigen und besonders vielversprechenden Situationen und Ländern (Post-Konfliktgesellschaften) begonnen werden. Es wird empfohlen, in nur zwei oder drei Ländern Kooperationspartner zu gewinnen. Auf der Basis bestehender traditionell guter Beziehungen bieten sich dazu beispielsweise Länder wie Südafrika und Mali an (dort ist der Reformprozess allerdings bereits in Gang gesetzt); neue Ansätze sind – nach den dortigen Regierungswechseln – möglicherweise auch in Indonesien und in Nigeria gegeben.

Empfehlung 6: Um den langfristigen Erfolg der Reform des Sicherheitssektors zu gewährleisten, ist ein langer Atem erforderlich. Kurzfristige Programme sind hilfreich, um unmittelbar nach der Beendigung von Konflikten den beginnenden Friedensprozess zu fördern (beispielsweise durch die Entwaffnung demobilisierter Soldaten und die Repatriierung von Kriegsflüchtlingen). Langfristige Programme sind Voraussetzung für institutionelle Reformen. Für die Technische Zusammenarbeit bedeutet dies, dass die notwendigen Ressourcen (Haushaltsmittel und Fachkräfte) vorhanden sein müssen.

Empfehlung 7: Besonders in Post-Konfliktgesellschaften ist eine Verschiebung der Prioritäten der Programme vom Wiederaufbau der physischen Infrastruktur (Straßen, Häfen, Wasser- und Energieversorgung, Kommunikationslinien usw.) hin zur Rehabi-

litation und Reform der Institutionen (Humankapital) erforderlich.

Empfehlung 8: Das wirksamste langfristige Reformvorhaben ist die Institutionalisierung einer offenen demokratischen Sicherheitskultur. Deshalb darf sich die Reform des Sicherheitssektors nicht auf eine Professionalisierung der Streitkräfte und Polizei beschränken, sondern muss die zivile Gesellschaft einbeziehen.

5.3 Stärkung und Professionalisierung ziviler Kontrollen und der Zivilgesellschaft

Empfehlung 9: Die Reform des Sicherheitssektors kann dort am erfolgreichsten stattfinden, wo legitimierte zivile Kräfte über die Kapazität und Kompetenz verfügen, die Sicherheitskräfte zu kontrollieren. Die Unterstützung und Ausbildung von Regierungsstellen, Parlament, Öffentlichem Dienst und Nicht-Regierungsorganisationen, Presse usw. müssen Teil einer wirksamen Reform sein (Stärkung der legislativen und exekutiven Kapazitäten sowie der Zivilgesellschaft allgemein). Bereits vorhandene Erfahrungen in der Technischen Zusammenarbeit (Demokratisierungsprogramme, Ausbildungsprogramme) sollten für die Reform des Sicherheitssektors genutzt werden. Die Technische Zusammenarbeit sollte vor allem lokale Partner unterstützen die Kapazität zu erlangen, sicherheitspolitische Analysen (Bedrohungsanalysen) durchzuführen und das Management des Haushaltes zu verbessern.

Empfehlung 10: Um “local ownership” der Reformprojekte zu stärken, ist besonders der Aufbau von Forschungskapazitäten in den Reformländern empfehlenswert. Die DAC/OECD-Analyse weist ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Unterstützung von Süd-Süd-Kooperationen in diesem Bereich hin (DAC/OECD 2000, S. 26).

5.4 Zusammenarbeit mit den richtigen Partnern

Empfehlung 11: Wünschenswert ist, dass die Sicherheitsstreitkräfte die Notwendigkeit zur Reform akzeptieren und einen aktiven Part in der Reform zu spielen bereit sind. In manchen Konfliktformationen haben sich Institutionen des Sicherheitssektors klar zu Reformen bekannt, doch nicht unbedingt immer die politischen Führungen; gelegentlich versuchen Politiker die Akteure des Sicherheitssektors für ihre politischen Interessen zu instrumentalisieren. Es wird empfohlen, die direkte Kooperation mit den unmittelbaren Akteuren im Sicherheitssektor vor allem zu meiden, wenn sie reformunwillig sind. Technische Zusammenarbeit kann hier nur erfolgreich sein, wenn sie auf entsprechende Fachkräfte (Militär, Polizei, Justiz) zurückgreifen kann. Die Erfahrungen der Vergangenheit, die zur Vorsicht mahnen, sollten beachtet werden.

Empfehlung 12: In Zweifelsfällen ist empfehlenswert, bei der Reform vorrangig mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, statt sich auf fragwürdige, in den Folgen

nicht absehbare Programme mit den unmittelbaren Akteuren des Sicherheitssektors einzulassen.

5.5 Professionalisierung der Sicherheitskräfte

Empfehlung 13: Militär- und Polizeihilfeprogramme dürfen nicht der traditionellen Art (aus der Zeit des Kalten Krieges) entsprechen. Sie sollten nicht vorrangig nur der Ausrüstung mit teurem, modernem Gerät oder gar ausschließlich als Türöffner für Rüstungsexportinteressen dienen. Diese Programme müssen unbedingt eine Schulung bezüglich der Beachtung und des Schutzes von Menschenrechten und internationalen Normen beinhalten. In der Vergangenheit haben Militär- und Polizeihilfe oftmals den gegenteiligen Effekt gehabt. Teil der Programme sollten ebenfalls vertrauensbildende Maßnahmen mit Nachbarländern, Vorbereitung für Blauhelmeinsätze der Vereinten Nationen und Krisenprävention sein. Für die Durchführung dieser Programme sind andere Institutionen (Militär, Polizei) vermutlich besser geeignet als die traditionellen Akteure der Technischen Zusammenarbeit.

5.6 Überwindung des Erbes von Konflikten und Rüstung

Empfehlung 14: Gewaltsame Konflikte in einer Gesellschaft und Kriege mit Nachbarländern führen in der Regel zu Militarisierung und Aufrüstung. Um lebensfähige, entwicklungsorientierte Strukturen zu schaffen, ist

die Demilitarisierung erforderlich. Programme zur Reform des Sicherheitssektors und der Abrüstung können sich gegenseitig unterstützen. So kann die Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kombattanten für die sinnvolle Reduzierung und den Umbau der Streitkräfte, aber auch für einen möglichen Ausbau der Polizei genutzt werden. Zu diesen Programmen gehören aber auch Minenräumprojekte, Verschrottung überschüssiger Waffensysteme, Aufbau wirksamer Organe (Zoll, Polizei) zur Kontrolle des Waffenhandels (insbesondere Kleinwaffen). Soziale Integrationsprogramme und psychologische Betreuung zur Verarbeitung traumatischer Erlebnisse (insbesondere der Kindsoldaten) sollten Teil der Reformen sein.

Empfehlung 15: Um den Erfolg der Reform des Sicherheitssektors zu gewährleisten, ist zu empfehlen, bewährte Programme der Technischen Zusammenarbeit mit Demilitarisierungsprojekten zu verknüpfen (beispielsweise erprobte Ausbildungsprogramme auch für demobilisierte Soldaten vorzusehen, militärische Infrastruktur soweit möglich für zivile Zwecke umzunutzen). Die Technische Zusammenarbeit kann unter dem Dach der „Reform des Sicherheitssektors“ bereits bewährte Projekte im Bereich von Abrüstung und Konversion bündeln und durch weitergehende Projekte (insbesondere im Bereich „capacity building“ der Zivilgesellschaft) ergänzen. Auch unkonventionelle Projekte sind zu erwägen, die beispielsweise Schulden-

erlass und Waffenrückkaufprogramme verknüpfen (World Bank 1999, S. 1 - 3).

6 Ausgewählte neuere Literatur

- Ball, Nicole. 1998. Spreading good practices in security sector reform: Policy options for the British Government. Saferworld, London.
- Ball, Nicole. 1999. Good practices in security sector reform. (Papier zur Konferenz „The Contribution of Disarmament and Conversion to Conflict Prevention and its Relevance for Development Cooperation“, August 1999). BICC, Bonn.
- Bigombe, Betty. 1999. Development policy and security sector reform—Opportunities, barriers and the mandate for security sector reform. (Papier zur Konferenz „The Contribution of Disarmament and Conversion to Conflict Prevention and its Relevance for Development Cooperation“, August 1999). BICC, Bonn.
- Bland, Douglas L. 1999. A unified theory of civil-military relations. *Armed Forces and Society*. Vol. 26, No. 1, (Fall). S. 7 – 25.
- Brzoska, Michael. 1999. The concept of security sector reform. (Papier zur Konferenz „The Contribution of Disarmament and Conversion to Conflict Prevention and its Relevance for Development Cooperation“, August 1999). BICC, Bonn.
- Chalmers, Malcolm. 2000. Security sector reform in developing countries: an EU perspective. Saferworld, London.
- DAC/OECD. 1998. Conflict, peace and development co-operation on the threshold of the 21st century. OECD, Paris.
- DAC/OECD. 2000. Security-sector reform and development co-operation: A conceptual framework for enhancing policy coherence. OECD, Paris (vorläufige Version).
- DFID (Department for International Development). 1999. Poverty and the security sector. Policy Statement. DFID, London.
- DFID. 2000a. Security sector reform and the management of defense expenditure. A conceptual framework. Discussion Paper 1. DFID, London.
- DFID. 2000b. Security sector reform: Review of the role of external actors. Discussion Paper 2. DFID, London.
- Hendrickson, Dylan. 1999. Key issues in security-sector reform. Working Papers 1. The Conflict, Security & Development Group.

- Nathan, Laurie. 1999. Reform in new democracies. (Papier zur Konferenz „The Contribution of Disarmament and Conversion to Conflict Prevention and its Relevance for Development Cooperation“, August 1999). BICC, Bonn.
- Neild, Rachel. 1999. Police Training. Themes and Debates in Public Security Reform. Washington Office on Latin America. Washington, DC.
- NUPI. Working Group on Security Sector Reform. 1999. Security sector reform as a development issue. DAC Informal Task Force on Conflict, Peace and Development Co-operation. OECD, Paris.
- Poulton, Robin-Edward and Ibrahim ag Youssouf. 1998. A peace of Timbuktu: Democratic governance, development and African peacekeeping. UNIDIR 98/2, United Nations Institute for Disarmament Research, New York and Geneva.
- Short, Clare. 1999. Security sector reform and the elimination of poverty. A speech held at the Centre for Defence Studies, King's College London. March 1999.
- Short, Clare. 2000. Security sector reform and military expenditure symposium. Keynote address. DFID, London.
- Uvin, Peter. 1999. The influence of aid in situations of violent conflict. DAC Informal Task Force on Conflict, Peace and Development Co-operation. OECD, Paris.
- World Bank. 1999. Security, poverty reduction & sustainable development. Challenges for the new millennium. Post-Conflict Unit, Washington DC.



Das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) arbeitet als unabhängige gemeinnützige Einrichtung an der Umwidmung ehemals militärisch genutzter Potentiale für zivile Aufgaben (Konversion): Know-how, Liegenschaften, Waffen, Technologie und Material, finanzielle und ökonomische Potentiale können im Rahmen von Abrüstung und Strukturwandel neuen gesellschaftlich sinnvollen Verwendungen zugeführt werden. Das BICC bietet seine Analysen, Informations- und Beratungskapazitäten Wissenschaftlern und Praktikern im öffentlichen und privaten Bereich, in staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen an. Das BICC leistet so einen Beitrag zu Abrüstung, Demilitarisierung, verbesserter Konfliktbewältigung und nachhaltiger Entwicklung.

Internationaler “Think Tank”

Das BICC erarbeitet Forschungsberichte, Hintergrundanalysen und Politikempfehlungen zu Abrüstung und Konversion wie beispielsweise zum Vergleich von Verteidigungsbudgets (Länderstudien), zur internationalen Situation überschüssiger Waffen (Kleinwaffenkontrolle) sowie zur Umorientierung militärischer Forschung und Entwicklung (F&E).

Projektmanagement und Beratung

Das BICC bietet Beratung und praktische Hilfe bei der Projektdurchführung, z.B. für Regionen und Kommunen bei der zivilen Umnutzung ehemaliger Militärbasen, für die Umstrukturierung von Rüstungsfirmen und die Umschulung der Beschäftigten. Unter maßgeblicher Beteiligung des BICC entsteht eine Kooperation zwischen abrüstungs- und entwicklungspolitischen Organisationen und Experten, um Demilitarisierung und Post-conflict-Konsolidierung in Dritte-Welt-Ländern zu fördern.

Clearinghouse

Mit seiner Arbeit versteht sich das BICC als Informationsvermittler für Personen und Organisationen, Betriebe, Regierungsstellen und NGO's, die in sehr unterschiedlichen Feldern der Konversion wissenschaftlich und praktisch tätig sind. Das BICC moderiert Konversionsprozesse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

Die sechs Arbeitsfelder des BICC:

- Staatliche Verteidigungsausgaben und ihre alternative Verwendung im Sinne einer „Friedensdividende“
- Zivile Anwendungsmöglichkeiten militärischer Forschung und Entwicklung
- Umstrukturierung der Rüstungsindustrie und beschäftigungspolitische Alternativen
- Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Militärangehöriger
- Erschließung und zivile Nutzung militärischer Standorte
- Umbau, Entsorgung und Verschrottung von Waffen, Munition und militärischem Gerät

Bonn International Center for Conversion –
Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC) GmbH
Direktor: Dr. Herbert Wulf
An der Elisabethkirche 25 ■ 53113 Bonn, Germany
Telefon: 0228-911960 ■ Fax: 0228-241215
E-mail: bicc@bicc.de ■ Internet: <http://www.bicc.de>